

SPD und FWB fordern mehr Schulsozialarbeit in Borchten

Anträge zur Stärkung der Schulsozialarbeit abgelehnt

Borchten, 21. Januar 2026 – Die SPD und die Freien Wähler Borchten haben Anträge eingereicht, um die Schulsozialarbeit in Borchten zu stärken. Trotz der dringenden Notwendigkeit wurde der Antrag von der CDU, AfD und den Grünen abgelehnt.

Im Ausschuss für Schule, Kultur, Jugend und Sport haben die SPD und die Freien Wähler Borchten Anträge eingereicht, um die Arbeit der Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter in Borchten zu stärken. Diese Anträge wurden zusammengefasst und zielen darauf ab, die nicht voll besetzten Stellen zu füllen und den steigenden Herausforderungen, denen Kinder und Schüler ausgesetzt sind, besser gerecht zu werden. Diese Notwendigkeit unterstützte auch Frau Koch als Vertreterin der Primarstufen, die den Bedarf sogar bei fünf Stellen ansetzte und für jede Schule eine eigene Stelle der Schulsozialarbeit forderte. Auch die SPD-Fraktion sieht dies so, ist sich aber auch der prekären Haushaltslage bewusst.

Michael Hartmann betonte im Vorfeld der Abstimmung die Bedeutung dieser Investition in die Zukunft der Kinder und Jugendlichen. Er wies darauf hin, dass die Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter in Borchten nicht mehr in der Lage seien, sich ausreichend um die Schülerinnen und Schüler zu kümmern, da immer mehr Kinder unter den Herausforderungen des Alltags leiden (*Bericht der Schul- und Sozialarbeiterinnen in der vorhergegangenen Sitzung des SKJS-Ausschusses; Anhang Protokoll; Sitzung - Rats- und Bürgerinfosystem der Gemeinde Borchten*). Diese Herausforderungen umfassen sowohl mediale Einflüsse als auch eine zunehmend unsichere Zukunft.

Nach einer hochemotionalen Diskussion und trotz der dringenden Notwendigkeit, der alle anwesenden Fraktionen bewusst waren, wurde der Antrag von der CDU, AfD und den Grünen abgelehnt. Diese Parteien stellten sich gegen eine zukunftsorientierte Kinder- und Jugendbetreuung in Borchten. CDU und Grüne teilten mit, dass sie den Anträgen inhaltlich grundlegend zustimmten, regten jedoch eine Überprüfung an, ob finanzielle Fördermaßnahmen zur Finanzierung oder eine Unterstützung der Schulsozialarbeit durch Praktikanten, Studierende und Kräfte im Anerkennungsjahr möglich sei.

Der Einsatz solch meist nur befristet eingesetzten Personals sei aufgrund des hohen Maßes an Vertrauensarbeit nicht möglich, wie Frau Koch klarstellte. Beide Parteien gaben an, aufgrund der angespannten Situation des Haushalts so nicht zugestimmt zu können. Michael Hartmann (SPD) wies darauf hin, dass grundsätzlich alle vom Rat festgestellten Stellen auf Fördermöglichkeiten geprüft werden. Dies wird jedoch der in der letzten Sitzung des Ausschusses aufgezeigten Lage nicht gerecht, die schnellstmögliche Handeln verlangt.

Möglichkeiten der Förderung, die ergänzend genutzt werden, sind nicht ausgeschlossen, diese aber als Bedingung für die Erweiterung der Schul- und Sozialarbeit aufzugreifen hält die SPD für nicht sinnvoll, da Förderungen immer zeitlich begrenzt sind und die Unterstützung langfristig gedacht werden muss (Aufbau von Vertrauen in Familien usw.). Neben dieser Argumentation ist es vor allem auch schwierig langfristig Personal zu binden, wenn die Unsicherheit der Förderaufhebung/ -auslauf eine befristete Stelle/ auslaufenden Arbeitsplatz schafft.

Die SPD-Borchen betont weiterhin den Entschluss die Schul- und Sozialarbeit in Borchen deutlich zu unterstützen und sieht eher Einsparungspotentiale an anderen Stellen, wie z.B. bei der geplanten Neumöblierung des Rathaussaales, um stattdessen in die Zukunft der Kinder zu investieren. Sie betont, dass die Gemeinde Borchen die Verantwortung für diese wichtige Aufgabe übernehmen müsse, anstatt sich hier auf tolle, aber ergänzende Arbeit wie diese durch die Kirchen, Vereinen und Verbänden geleistet werden zu überlassen, die ebenfalls mit finanziellen Kürzungen umzugehen haben. Auch aus den Reihen der FDP gab es unterstützende Worte für das präventive und zukunftsorientierte Vorgehen, da die Folgekosten bei der unzulänglichen Schulsozialarbeit evtl. höher ausfallen können als die zu erwartenden Personalkosten.

Die SPD-Borchen und Fraktionsvorsitzender Tschischke appelliert an die CDU und die Grünen, ihre Entscheidung zu überdenken und die Notwendigkeit einer besseren und ausreichenden Betreuung anzuerkennen, insbesondere angesichts des Wachstums der Gemeinde durch Neubaugebiete und den Zuzug neuer Familien.

Argumente, dass möglichst freiwilligen Leistungen aufgrund der angespannten Haushaltslage nicht erhöht werden sollen, kann die SPD-Borchen nicht nachvollziehen. Gerade mit der Schul- und Sozialarbeit wird ein wichtiger und notwendiger Baustein für die langfristige Unterstützung und Entlastung des Schul- und Bildungsbereichs in Borchen geleistet. Ein wichtiges Argument, wenn Borchen weiterhin attraktiv für junge Familie sein will.

Dies auch in Hinblick auf eine geplante neue Bestuhlung im Rathaussaal und Ausgaben für ein "Weisse-Flecken-Programm", das schon mehrheitlich abgelehnt war und kein Bedarf besteht.